



# Rohstoffversorgung sichern

Für Wachstum und Arbeitsplätze  
in Deutschland und Europa

## **Rohstoffversorgung sichern**

Für Wachstum und Arbeitsplätze  
in Deutschland und Europa

# Vorwort

## Rohstoffsicherheit ist Kernanliegen der Außenpolitik



**Volker Kauder**  
Vorsitzender der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion

Deutschland ist die führende Industrienation in Europa. Trotz der enorm gestiegenen Wettbewerbsfähigkeit von Ländern wie China und Indien behaupten sich unsere Firmen auf den Weltmärkten hervorragend. Wir können stolz auf die Leistung unserer Unternehmer und Arbeitnehmer sein.

Die Politik muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass deutsche Unternehmen auch in den nächsten Jahrzehnten die Nase vorn haben. Von überragender Bedeutung ist, dass in unserem Land auch künftig so hochqualifizierte Fachkräfte wie bisher zur Verfügung stehen. Das ist oft beschrieben worden. Darüber hinaus müssen unsere Firmen aber auch weiter

Zugang zu den Rohstoffen haben, ohne die sie ihre Güter nicht produzieren können. Wir brauchen kluge Köpfe. Wir brauchen aber genauso ausreichende Rohstoffe.

### Die Basis für unsere Industrie erhalten

Im weltweiten Wettbewerb gilt die alte Volksweisheit: Die Konkurrenz schläft nicht. Im Rennen mit anderen müssen unsere Unternehmen nicht nur um die begabtesten Ingenieure werben, sie müssen sich auch über die Lieferanten den Zugang zu Rohstoffen sichern. Dabei erleben wir, dass andere Länder gerade auf diesem Feld sehr strategisch vorgehen, um die Basis für ihre Industrie zu erhalten oder zu schaffen. Bei uns wächst die Sorge,

dass die deutschen Unternehmen in einigen Jahren zunehmend Schwierigkeiten haben könnten, sich mit Kupfer, Erz oder sogenannten seltenen Erden zu versorgen.

Die CDU/CSU-Fraktion hat sich in dieser Legislaturperiode auf gleich vier Kongressen mit dieser Problematik beschäftigt. Ich danke allen Beteiligten dafür, das Thema Rohstoffsicherheit stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt zu haben. Es ist vielschichtig und umfasst unter anderem die Fragen, wie der Handel mit Rohstoffen reguliert werden kann oder wie die Entwicklungsländer mehr eigenen Ertrag aus ihren Bodenschätzen gewinnen können.

### Partnerschaften in aller Welt knüpfen

Die unionsgeführte Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel hat die Dringlichkeit des Themas erkannt. Auf unseren Kongressen haben die Vertreter der Regierung den Unternehmen die notwendige Unterstützung zugesichert. Der Schlüssel für eine gesicherte Rohstoffversorgung liegt darin, in aller Welt Partnerschaften zu knüpfen. Andere Akteure auszuschließen führt uns nicht weiter.

A handwritten signature in blue ink that reads "Volker Kauder". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

# Inhalt

- 2 Vorwort  
Volker Kauder
- 7 **Für Wachstum und Arbeitsplätze in Europa**  
Philipp Mißfelder
- 11 **Mehr Wachstum mit der richtigen Rohstoffpolitik**  
Dr. Angela Merkel
- Kongress I**  
Rohstoffsicherheit – Strategie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- 19 **Deutschlands und Europas Rohstoffversorgung sichern**  
Rohstoffstrategie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion –  
Kurzfassung
- 23 **Bedeutung und Verfügbarkeit von Hightech-Metallen**  
Prof. Dr. Hans-Joachim Kümpel
- 27 **Vom Rohstofffluch zum Rohstoffsegen?**  
Tim Bittiger
- Kongress II**  
Außenpolitik, Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit –  
Rohstoffversorgung als Querschnittsaufgabe
- 31 **Rohstoffaußenpolitik mindert Importabhängigkeit**  
Antrag von CDU/CSU und FDP
- 33 **Finanz- und Realwirtschaft müssen Hand in Hand arbeiten**  
Christian Angermayer
- 37 **Rohstoffsicherheit – Antworten von Wirtschaft und Politik**  
Prof. Dr. Rainer Lindner
- Kongress III**  
Werte und Wertschöpfung –  
Rohstoffsicherheit für Deutschland und Europa
- 41 **Perspektiven für eine sichere und nachhaltige Rohstoffversorgung in Deutschland**  
Dr. Joachim Pfeiffer
- 47 **Rohstoffsicherung ist eine Zukunftsaufgabe für den Industriestandort Deutschland**  
Ulrich Grillo
- 49 **Rohstoffsicherung und Innovation**  
Dr. Werner Breuers
- Kongress IV**  
Rohstoffhandel – Brauchen wir mehr Regulierung?
- 53 **Agrar- und Rohstoffmärkte im Fokus von Finanzinvestoren**  
Klaus-Peter Flosbach
- 59 **Rohstoffhandel – Risiken und Chancen für Entwicklungsländer**  
Sibylle Pfeiffer
- 62 Schlusswort  
Dr. Christian Ruck
- 64 Impressum

# Für Wachstum und Arbeitsplätze in Europa

Rohstoffversorgung darf nicht zum Spielball politischer Interessen werden

Eine sichere Rohstoffversorgung in Deutschland und ganz Europa zu wettbewerbsfähigen Bedingungen ist eine entscheidende Voraussetzung für Arbeitsplätze, Wachstum und Wohlstand. Deutschland ist – wie viele seiner europäischen Partner – von Rohstoffimporten abhängig. Der weltweit steigende Bedarf an Rohstoffen und starke Konzentrationsentwicklungen bei der Förderung von Rohstoffen befeuern die Sorge, dass die Rohstoffversorgung zum Spielball politischer Interessen werden könnte. Von der Versorgung mit mineralischen Rohstoffen hängen allein in Europa 48 Millionen Arbeitsplätze ab.

Energiepolitische Fragen beschäftigen die Politik schon länger. Die anderen, nichtenergetischen Rohstoffe sind allerdings erst seit vergleichsweise kurzer Zeit in den Mittelpunkt der politischen Betrachtung gerückt. Es ist auch ein Verdienst der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, mit Kongressen, Veröffentlichungen und Fachgesprächen die Aufmerksamkeit einer breiteren Öffentlichkeit auf dieses Thema gelenkt zu haben. Sie treibt eine strategisch angelegte Rohstoffpolitik voran.



**Philipp Mißfelder**  
Außenpolitischer Sprecher der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Moderne Industrien in Deutschland und ganz Europa sind auf den Zugang und die sichere Versorgung mit Rohstoffen, insbesondere mit seltenen Metallen, angewiesen. Ohne seltene Erden lassen sich beispielsweise heute weder Katalysatoren noch Hochleistungs-Dauermagnete für Windturbinen und Elektrofahrzeuge bauen. Diese besonders wichtige Gruppe

chemischer Elemente wird zwar nur in relativ kleinen Mengen gebraucht, aber nach dem heutigen Stand der Technik gilt: ohne sie keine Hochtechnologie. Die Wettbewerbsfähigkeit und damit die Arbeitsplätze deutscher und europäischer Hochtechnologie- und Industrieunternehmen hängen davon ab, ob es gelingt, die Versorgung mit Rohstoffen langfristig zu sichern.

Zwei Faktoren sind für die Nachfrageentwicklung entscheidend: das weltwirtschaftliche Wachstum insgesamt und die technologische Entwicklung vor allem in den Schwellenländern. Das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung geht beispielsweise für den Bedarf an Gallium, das für die Herstellung von Photovoltaikanlagen, weißen LEDs und integrierten Schaltkreisen benötigt wird, bis 2030 von einem weltweiten Wachstum der Nachfrage um das 22-fache aus.

Für die Konstruktion von Motoren und Generatoren, die erneuerbare Energie nutzen oder erzeugen, sind seltene Erden unentbehrlich.



## Interessenausgleich zwischen Anbietern und Abnehmern

Angesichts des schnellen Bevölkerungswachstums sehen Negativszenarien Verteilungskämpfe voraus: Es ist vom „race for resources“ – dem Wettrennen um Ressourcen – die Rede. Statt solcher Schlagworte braucht es nüchterne Analysen und klare Standpunkte. In der Rohstoffpolitik Europas gibt es dazu einen strategischen Konsens. Ziel ist es, zu einem fairen Interessenausgleich zwischen Nachfrageländern und Anbietern im globalen Rahmen zu gelangen.

Die Gründung der sogenannten Rohstoff-Allianz der deutschen Wirtschaft ist dabei ein wichtiger Schritt. Die Unternehmen müssen ihren Bedarf langfristig decken. Eine Erhöhung der Rohstoffeffizienz und -effektivität, zum Beispiel durch Recycling und Substitution in höherem Maße, gehört hier ebenso dazu wie die verstärkte Nutzung der heimischen Rohstoffe und die Sicherstellung der notwendigen Importe. Auch sind mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung notwendig.

## Industrie braucht starke Partner

Darüber hinaus braucht die Industrie starke Partner, das zeigen Erfahrungen mit schwierigen Wachstumsmärkten in Zentralasien und Afrika. Hier kann die Wirtschaft auf die Unterstützung der Politik zählen. Bundesregierung und EU setzen zum einen auf nachhaltige Versorgung mit Rohstoffen aus europäischen Quellen, zum anderen auf Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft. Dazu kommt die Sicherung des Zugangs zu Vorkommen in Drittländern durch Rohstoffaußenpolitik.

Die deutsche Rohstoffaußenpolitik beruht auf drei Grundelementen. Erstens kann Deutschland seine Ressourcen durch Partnerschaften wie die mit der Mongolei und Kasachstan sichern beziehungsweise erweitern. Es leistet so einen Beitrag zum Interessenausgleich zwischen Rohstoff fördernden und importierenden Ländern. Die Wettbewerbslage deutscher Unternehmen wird verbessert, wenn die Verlässlichkeit deutscher Politik und

die Qualität deutscher Technik zu einem Angebotspaket geschnürt werden. Dies gilt auch mit Blick auf Staaten wie China, die in afrikanischen oder südamerikanischen Ländern erfolgreich in die Infrastruktur investieren, um sich den Zugang, oft auch den direkten Zugriff auf Bodenschätze zu sichern.

Zweitens muss das Wirtschaftsvölkerrecht gestärkt werden. Exportbeschränkungen müssen zu Verfahren vor der Welthandelsorganisation WTO führen. Nur so kann die WTO-Widrigkeit von Exportzöllen oder Exportquoten festgestellt werden.

Drittens lässt sich gerade über die Entwicklungspolitik ein verantwortungsvoller und transparenter Umgang mit Rohstoffen fördern. Darum unterstützt die Politik die Wirtschaft mit ihrem rohstoffpolitischen Förderinstrumentarium. Es muss sichergestellt sein, dass Rohstoffgewinne nicht in einer Rentenwirtschaft versickern. Eine mit Partnern abgestimmte Rohstoffaußenpolitik kann für Kooperation sorgen und Konflikte vermeiden helfen.

Die bisherigen Rohstoffkongresse haben gezeigt, dass Unternehmen und Politik das Zukunftsthema Rohstoffsicherung gemeinsam angehen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat damit einen Diskussionsprozess über Fragen der Rohstoffpolitik in einer breiten Öffentlichkeit angestoßen. Die Teilnahme hochrangiger Vertreter aus Politik und Wirtschaft aus dem In- und Ausland an den Kongressen und Veranstaltungen unterstreicht das große Interesse an diesem Thema. Diese Dynamik gilt es beizubehalten und auszubauen. Die Wirtschaft ist gefordert, die begonnenen Initiativen auf allen Ebenen voranzutreiben. Die CDU/CSU-Fraktion wird den Dialog auf politischer Ebene intensiv fortführen und der Wirtschaft als ein starker Partner zur Seite stehen.

## Mehr Wachstum mit der richtigen Rohstoffpolitik

Auszüge aus der Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel<sup>1</sup>

(...) Das ist ein Kongress zur richtigen Zeit, weil die Ressourcen- und Rohstoffpolitik natürlich einen Beitrag dazu leisten kann, Wachstum zu generieren. Wir sind ja in Europa im Augenblick aufgefordert, die Staatsschuldenkrise und die Folgen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise zu überwinden. Das kann man auf der einen Seite durch nachhaltige Finanzpolitik schaffen; und dazu dient auch der Fiskalpakt. Aber ich sage immer: Das ist eine notwendige, aber keinesfalls hinreichende Bedingung dafür, die Krise zu überwinden. Wir brauchen genauso Wachstum. Wir brauchen Wachstum durch nachhaltige Initiativen, nicht einfach nur durch Konjunkturprogramme, die die Staatsschulden weiter erhöhen, sondern durch Strukturreformen.

(...) Dazu gehört eine vernünftige Energiepolitik; und dazu gehört eine ausreichende Versorgung mit Rohstoffen und Ressourcen. Hier hat sich die Weltlage verändert. Nicht umsonst sitzt hier auch eine Reihe von Entwicklungspolitikern. Wir wissen, dass die Frage nach der Rohstoffversorgung eine internationale Frage ist. Hierbei stehen wir im Wettbewerb mit Staaten, die eine sehr strategische rohstoffpolitische Planung betreiben. Deshalb müssen die



Dr. Angela Merkel  
Bundeskanzlerin

<sup>1</sup> Der Redebeitrag von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel beim Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 25. April 2012 wurde redaktionell bearbeitet. Die Überschrift und Zwischenüberschriften wurden eingefügt. Inhaltliche Auslassungen sind kenntlich gemacht.

deutsche Wirtschaft, die Bundesregierung, die Politik und deshalb ja auch das Parlament Antworten in Bezug darauf geben, wie wir bei allem Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft und bei allem Bekenntnis zur Unabhängigkeit der wirtschaftlichen Aktivitäten ein kohärentes, gemeinsames Handeln erreichen und uns gegenseitig, zuzusagen im nationalen Interesse, stützen können. (...)

## Freier Marktzugang und offener Handel

Die deutschen Exporte entwickeln sich gut. Aber auch die Importe nehmen zu – Ungleichgewichte sind ja in Deutschland auch ein Thema –, wobei natürlich auch die Rohstoffnachfrage ein erheblicher Faktor ist. Deutschland hat 2010 Rohstoffe im Wert von 17,7 Milliarden Euro produziert und Rohstoffe im Gesamtwert von mehr als 109 Milliarden Euro importiert. Daran sehen Sie also, wie bei uns die Ein- und Ausfuhrbilanzen für Rohstoffe aussehen. Insofern ist unser Erfolg des Exports von Waren und Gütern elementar davon abhängig, dass die Importe von Rohstoffen zuverlässig verlaufen.

Ich will vorweg sagen: Bei aller nationalen Politik und bei aller Kombination von Aktivitäten der Politik und der Wirtschaft ist Deutschland ein weltoffenes Land, das auf internationale Zusammenarbeit und auf transparenten Handel setzt. Wir sind extrem unglücklich darüber, dass die Doha-Runde bei der WTO nicht vorankommt. Wir glauben, dass eine nachhaltige Entwicklung in den Entwicklungsländern am besten durch offenen Handel, durch fairen Handel und durch transparente Abkommen möglich sein wird. In der internationalen Zusammenarbeit setzen wir uns also für eine freie Handelstätigkeit ein. Wir setzen uns dafür ein, dass wir international zusammenarbeiten, dies auch ganz stark im Zusammenhang mit der G20, in deren Rahmen wir, gerade was die Preisentwicklung der Rohstoffe anbelangt, immer wieder intensive Diskussionen führen – ob es nun um Nahrungsmittel oder um technische Rohstoffe geht, die wir für unsere Industrieproduktion brauchen. (...)

## Nachhaltiger Rohstoffabbau und faire Arbeitsbedingungen

Mehr als 85 Prozent der Weltbevölkerung leben in Schwellen- und Entwicklungsländern, deren Rohstoffnachfrage weiter wächst. Deshalb ist nicht damit zu rechnen, dass das Rohstoffthema an Bedeutung verlieren wird. Es wird in den nächsten Jahren eher zunehmen. Wir wissen auch, dass wir nicht nur darum kämpfen müssen, Zugang zu Rohstoffen zu haben, sondern dass der Abbau auch nachhaltig sein muss. Zum Beispiel habe ich bei meinem Besuch in der Mongolei in vielen Gesprächen erfahren, dass der Abbau bisher alles andere als nachhaltig ist. Es kann zur Verseuchung der Natur kommen, zum Beispiel durch einen falschen Abbau von seltenen Erden, was auch die Offenheit der Länder, in denen Rohstoffe ausgebeutet werden, sehr beschränken oder dämpfen oder in das Gegenteil verkehren kann, wenn

Bundeskanzlerin Angela Merkel betont beim Kongress der Unionsfraktion, dass die Rohstoffpolitik nachhaltiges Wachstum generieren kann.



man hinterher über Jahrzehnte hinweg mit den Umweltschäden zu kämpfen hat. Zum Teil sind auch die Unfallrisiken bei der Ausbeutung unvermeidbar. Deshalb sind europäische und deutsche Rohstoffpolitik immer auf Partnerschaft und auf faire Arbeitsbedingungen ausgerichtet – das will ich ausdrücklich sagen.

## Politik und Wirtschaft gemeinsam in der Rohstoffallianz

Der Rohstoffbezug ist im Sinne der marktwirtschaftlichen Mechanismen natürlich erst einmal als eine Kernaufgabe der Unternehmen zu verstehen. Deshalb ist die Frage, wie sich Politik und Wirtschaft annähern und zusammenarbeiten, durchaus eine, bei der wir auch wieder Neuland betreten. Man war einmal froh, auch seitens der deutschen Wirtschaft, sich im Zuge der Spezialisierung viele eigene Rohstoffquellen sozusagen vom Halse geschafft zu haben. Kaum aber war die letzte Eisenerzmine verkauft, hatte sich die Lage auf der Welt verändert; und dann war man der Meinung: So schlecht wäre es eigentlich nicht, wenn wir wieder einen gesicherten Zugang haben würden. Nun haben wir als Politiker gelernt, dass wir uns aus vielen Dingen am besten heraushalten und die Wirtschaft machen lassen. Das ist ja im Grundsatz auch richtig. Aber wir erleben halt, dass viele Länder auf der Welt, die eben einen sehr viel stärkeren staatlichen Sektor haben, ganz anders vorgehen. Deshalb haben wir uns entschlossen, mit unserer Wirtschaft sozusagen in einem abgesprochenen, aber die jeweiligen Kompetenzen immer im Auge habenden Vorgehen zu marschieren. Ich begrüße es außerordentlich, dass die Rohstoffallianz gegründet wurde. (...)

## Gemeinsam für verlässliche Rahmenbedingungen

Politisch können wir in verschiedener Weise unterstützend tätig werden. Das haben wir getan, indem wir zum Beispiel Rohstoffpartnerschaften mit der Mongolei und mit Kasachstan eingegangen sind. Beide Partnerschaften stecken noch in ihren Anfängen. Solche Rohstoffpartnerschaften gab es auf deutscher Seite bisher überhaupt noch nicht. (...)

Wir können seitens des Auswärtigen Amtes durch unsere Botschaften, seitens des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, hier insbesondere durch die GIZ, sowie seitens des Kanzleramts und des Wirtschaftsministeriums die bilateralen Kommissionen der Zusammenarbeit fördern. Wir können Vertrauen aufbauen. Wir können Vorschläge für die Zusammenarbeit in der Forschung, bei den Erkundungsmethoden sowie bei der Ausbildung unterbreiten. Wir können Hilfestellung bei der Rechtsetzung geben. Das ist sehr, sehr wichtig, denn unsere Unternehmen brauchen – dafür werbe ich, wo immer auf der Welt ich bin – verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen. Diese sind unverzichtbar für eine langfristige, gedeihliche Zusammenarbeit. Ich sage es auch den Vertretern aus Schwellenländern oder Entwicklungsländern: Das ist auch für ihre Länder unverzichtbar. Vielleicht kann man einmal schnell ein gutes Geschäft machen, aber oft kommt die Rechnung dann erst in zehn oder 20 Jahren. Es geht gerade in Bezug auf den sozialen Frieden in den Ländern, in denen es Rohstoffe gibt, auch darum, gut ausgebildete junge Leute zu haben. Die meisten dieser Länder haben eine völlig andere demografische Situation als wir. Es geht auch darum, sich auf die Investoren verlassen zu können und nicht damit zu leben, dass man irgendwann auf einem Scherbenhaufen sitzt. Deshalb ist das, was Deutschland an rechtlich verlässlichen Rahmenbedingungen einfordert, nicht zu viel, sondern auf mittlere Frist betrachtet immer zum Vorteil beider Partner. Wir arbeiten, wo wir aktiv werden, immer in Richtung einer Win-win-Situation für beide Seiten und sind hierbei ausgesprochen fair. (...)

## Transparenz an Rohstoffmärkten schaffen

Meine Damen und Herren, noch ein Wort zur Preisgestaltung. Wir werden, wie gesagt, im Rahmen der G20 darüber sprechen. Und wir werden vor allen Dingen auf die Wechselwirkung zwischen Rohstoffmärkten und Rohstoffderivatemärkten ein Augenmerk legen. Es ist vor allen Dingen wichtig, dass Transparenz bei den außerbörslich gehandelten Derivaten, den sogenannten OTC-Derivaten, hergestellt wird. In diesem Zusammenhang

möchte ich auch der Europäischen Kommission danken, denn die EU-Staaten haben sich auf Regelungen zum außerbörslichen Derivatehandel geeinigt, die zum 1. November dieses Jahres in Kraft treten werden. Wir werden damit die Transparenz erhöhen und versuchen, Marktmanipulationen bei Rohstoffderivaten zu verhindern. Je mehr wir in diesem Bereich international regeln, umso verlässlicher sind die Regelungen natürlich. Es ist gut, dass die EU-Staaten hier an einigen Stellen vorangegangen sind.

## Effizienten Rohstoffeinsatz ermöglichen

Ein Zweites, das wir mit Interesse verfolgen, ist die Frage des effizienten Einsatzes von Rohstoffen. Das ist vor allen Dingen eine Herausforderung für die Wirtschaft; politisch können wir das nur flankieren. Wir haben uns als Bundesregierung das Ziel gesetzt, die gesamtwirtschaftliche Rohstoffproduktivität in Deutschland bis zum Jahr 2020 gegenüber 1994 zu verdoppeln. Dazu dient auch das Ressourceneffizienzprogramm „ProgRess“, das wir Ende Februar verabschiedet haben. Ich denke, Deutschland ist mit seiner Kreislaufwirtschaft und einer effizienten Ressourcenverwendung durchaus in vielen Bereichen weltweit vorbildlich. Wir konnten hierzulande zwischen 2000 und 2010 bei insgesamt deutlich gestiegenem Wirtschaftswachstum die Inanspruchnahme von Rohstoffen um 11,2 Prozent senken. Das zeigt: Wir können Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch voneinander entkoppeln. (...)

## Rohstoffzugang ist Grundlage unseres Wohlstands

Meine Damen und Herren, das Thema des heutigen Kongresses – deshalb begrüße ich auch sehr, dass er initiiert wurde – ist ein Thema, das an den Quellen unseres Wohlstands ansetzt und das die Frage nach Wirtschaftlichkeit und langfristigem wirtschaftlichen Erfolg stellt. Es muss verhindert werden, dass ein Land wie Deutschland mit einer breiten Produktionspalette seine Forschungsmöglichkeiten, seine Innovationskraft, seine Kreativität und

auch seine Präzision nicht mehr verwirklichen kann, weil es am Zugang zu Rohstoffen mangelt. Wer keinen preislich transparenten, vergleichbaren Zugang zu Rohstoffen hat, der wird auch in der Materialwissenschaft zurückfallen, der wird die Veredelungsstufen nicht mehr beherrschen können und der wird dann auch nicht in der Lage sein, mit neuen Materialien neue Maschinen zu entwickeln und Wachstumsmöglichkeiten voll auszuschöpfen. Das heißt, von unseren Stärken in der chemischen Industrie über unsere Stärken im Maschinenbau bis zu unseren großen Stärken im Automobilbau – für all das ist die Frage des Zugangs zu Ressourcen eine notwendige Bedingung. Der Zugang ist zwar noch lange keine Garantie dafür, dass man auch etwas Vernünftiges daraus macht. Aber eines ist sicher: Wer keinen Rohstoffzugang hat, der wird auch keine Produkte entwickeln können.

## Wir brauchen eine gemeinsame europäische Rohstoffpolitik

(...) Zum Schluss will ich noch einmal verdeutlichen: Die Europäische Union stellt noch 7,1 Prozent der Weltbevölkerung und Deutschland nur noch etwas mehr als 1,1 Prozent. Diese Zahlen werden in den nächsten Jahren kleiner werden. Wir haben heute sieben Milliarden Menschen auf der Welt und 500 Millionen Europäer. Die Weltbevölkerung wird noch eine ganze Weile wachsen. Wir haben heute noch über 20 bis 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Welt – das ist etwas schwierig zu berechnen –, aber auch diese Zahl wird zurückgehen. Deshalb ist völlig klar: Eine konsistente, kohärente Politik für einen verlässlichen Zugang zu Ressourcen kann von den einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union überhaupt nicht mehr erreicht werden – schon gar nicht, wenn sie dann noch gegeneinander arbeiten.

## Kongress I

### Rohstoffsicherheit – Strategie der CDU/CSU- Bundestagsfraktion



Beim ersten Rohstoffkongress im Juli 2010 präsentierte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihr Strategiepapier zur Rohstoffsicherheit. Wesentliche Elemente des Papiers finden sich in der Rohstoffstrategie der Bundesregierung wieder.

## Deutschlands und Europas Rohstoffversorgung sichern

Rohstoffstrategie der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion – Kurzfassung

Eine sichere Rohstoffversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen ist von existenzieller Bedeutung. Während unsere Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten seit einiger Zeit auf der politischen Agenda steht, haben vergleichbare Versorgungsrisiken bei nichtenergetischen Rohstoffen noch nicht diese Aufmerksamkeit der Politik erlangt, obwohl sie bei einigen Metallen für den Hochtechnologiebereich bereits höher sind als bei Öl und Gas. Eine hochgradige Importabhängigkeit besteht vor allem bei Metallen wie Kobalt, Platin, Titan, Indium und seltenen Erden wie Neodym. Diese strategischen Rohstoffe sind für Schlüsseltechnologien und damit für unsere technologische Zukunft unabdingbar.

Es ist zwar eine Tatsache, dass die Ausstattung der Erdkruste mit Rohstoffen endlich ist, doch gibt es prinzipiell ausreichend mineralische Ressourcen. Die seit der Jahrtausendwende zu beobachtende hohe Preisvolatilität auf den Märkten ist das Ergebnis eines Ungleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage. Die Rohstoffversorgung ist global vernetzt und dadurch von einem Staat oder gar einem einzelnen Unternehmen nur begrenzt beherrschbar. Marktstörungen bestehen zumeist in Lieferverzögerungen, sie sind Folge von Konzentrationsprozessen in der Bergbaubranche und der Instabilität von Förderländern. Marktstörungen entstehen auch, wenn durch das Wachstum von Schwellenländern die Nachfrage unvorhergesehen schnell ansteigt oder Technologieschübe Bedarfsspitzen zur Folge haben.

Das Störpotenzial ist dort besonders groß, wo keine Substitutionsmöglichkeiten für knappe Rohstoffe existieren. Die starken Schwankungen der Preise in den zurückliegenden Jahren gehen zu einem großen Teil auf Fehleinschätzungen der Bergbauindustrie zurück: Zum einen wurden technologische Neuerungen nicht vorhergesehen, zum anderen wurde die Branche von der stürmischen Entwicklung Chinas überrascht. China war der Hauptauslöser, aber nicht die alleinige Ursache des rekordhohen Preisanstiegs. Diese Hausse war auch auf das für die Rohstoffbranche typische zyklische Investitionsverhalten zurückzuführen. In der Zukunft dürfte sich



## Besondere Risiken bei strategischen Rohstoffen

Es handelt sich um strategische Rohstoffe für unsere Industrie; die Zahl ihrer Lieferländer ist sehr klein, und es bestehen derzeit keine Substitutionsmöglichkeiten. Ihre wichtigsten Fördergebiete liegen in China, Afrika, Südamerika, Russland und Australien. Schwellenländer unter den Produzenten neigen zunehmend dazu, durch Exportbeschränkungen ihren eigenen Industrien einen privilegierten Zugang zu heimischen Rohstoffen zu sichern oder sich einen solchen Zugang in anderen Förderländern zu verschaffen. So hat China, der größte Produzent von Hochtechnologie-Metallen, den Export von Neodym eingeschränkt, bei dem es mit 98 Prozent der Weltproduktion quasi über ein Monopol verfügt. Zudem versucht sich Peking mit Erfolg exklusive Förderrechte vor allem in Afrika zu sichern.

Die EU hat jüngst 450 Exportbeschränkungen für mehr als 400 Rohstoffe festgestellt. Über 50 Prozent der wichtigen Rohstoffvorkommen liegen in Ländern mit einem Pro-Kopf-Einkommen von unter zehn Dollar pro Tag. Mehr als die Hälfte der weltweiten Rohstoffproduktion erfolgt in politisch instabilen Ländern. Bei einigen Erzen

Ein Arbeiter einer Lanthan-Mine in der chinesischen Mongolei. China verfügt etwa über ein Drittel der weltweiten Vorkommen an seltenen Erden, kontrolliert derzeit aber rund 90 Prozent der Weltproduktion.

stammt sogar die gesamte Weltförderung aus solchen Ländern. Damit ist das politische Risiko, dass diese Länder aufgrund von militärischen Konflikten, Terrorismus oder der Verstaatlichung von Rohstoffquellen als Lieferanten ausfallen, hoch.

### Versorgungssicherheit herstellen

Die Abhängigkeit unserer Industrie von bestimmten Rohstoffen zeigt die Dringlichkeit eines Übergangs zu einer effizienteren Volkswirtschaft und zu einer nachhaltigen Entwicklung. Dafür sollten Ressourcen-Effizienz, Recycling und die Substitution sowie der verstärkte Einsatz erneuerbarer Rohstoffe gefördert werden. Rohstoffsicherheit ist ein volkswirtschaftliches Gut, für dessen Bereitstellung Privatwirtschaft und Staat kooperieren müssen. Die Unternehmen müssen dafür eigene Strategien entwickeln. Für den Rahmen bleibt der Staat zuständig.

Aufgrund der hohen Abhängigkeit von Importen sind freie Weltmärkte eine Voraussetzung für die Rohstoffversorgung, doch die Handels- und Wettbewerbsverzerrungen haben infolge der Wirtschaftskrise noch zugenommen. Die Herausforderungen für die Versorgung mit nichtenergetischen Rohstoffen betreffen Wirtschafts- und Umweltpolitik ebenso wie Außen-, Handels- und Entwicklungspolitik. Daher muss auf nationaler und auf EU-Ebene eine übergreifende Strategie entwickelt werden, die auf die Sicherung eines diskriminierungsfreien Zugangs zu den auf dem Weltmarkt gehandelten Rohstoffen, auf die Reduktion des Rohstoffverbrauchs und auf die Versorgung mit Rohstoffen aus heimischen Quellen zielt. Die ersten Schritte in diese Richtung sind in Brüssel inzwischen unternommen worden. Viele Maßnahmen sind nur auf dem Wege internationaler Kooperation möglich. Dazu gehören eine bessere Koordination in der Entwicklungszusammenarbeit wie auch andere Initiativen zur Stabilisierung rohstoffreicher Entwicklungsländer.

## Bedeutung und Verfügbarkeit von Hightech-Metallen

Deutschland ist vollständig auf Importe angewiesen

Die Nachfrage nach metallischen Rohstoffen hat in den letzten zehn Jahren stark zugenommen. Eine Hauptursache ist die anhaltend wachsende Wirtschaftskraft bevölkerungsreicher Schwellenländer, insbesondere der BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China). Auch technologische Entwicklungen auf den Gebieten digitale Information und Kommunikation, erneuerbare Energien und Mobilität spielen dabei eine Rolle. Die Verwendung neuer Materialien hat dazu geführt, dass die Palette der genutzten metallischen Rohstoffe gegenüber den 1990er Jahren breiter geworden ist. Als Hightech-Metalle bezeichnet man in diesem Zusammenhang die für Zukunftstechnologien benötigten Elektronikmetalle Gallium, Indium, Germanium, Tantal und die seltenen Erden. Der gestiegene Bedarf an diesen bedeutsamen Rohstoffen schlägt sich in den Preisen nieder. Seit 2003 haben sich diese, unterbrochen durch den Preisrückgang während der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009, vervielfacht. Zukunftsprognosen gehen von einer hohen Volatilität und einem vergleichsweise hohen Preisniveau aus.



Prof. Dr. Hans-Joachim Kümpel  
Präsident der Bundesanstalt für  
Geowissenschaften und Rohstoffe

Die deutsche Industrie ist von dieser Situation maßgeblich betroffen. Seit den 1990er Jahren ist sie – abgesehen von den in Deutschland durch Recycling wiedergewonnen Metallen – vollständig auf den Import von Metallrohstoffen angewiesen. Allein 2010 hat die Metallbranche, zu der ca. 23.500 Betriebe mit 3,4 Millionen Beschäftigten zählen, gut 35 Milliarden Euro für den Import metallischer

Rohstoffe ausgegeben. Oft gestellte Fragen vor diesem Hintergrund sind: Welche Faktoren begrenzen die Verfügbarkeit metallischer Rohstoffe? Was sind ihre Reichweiten?

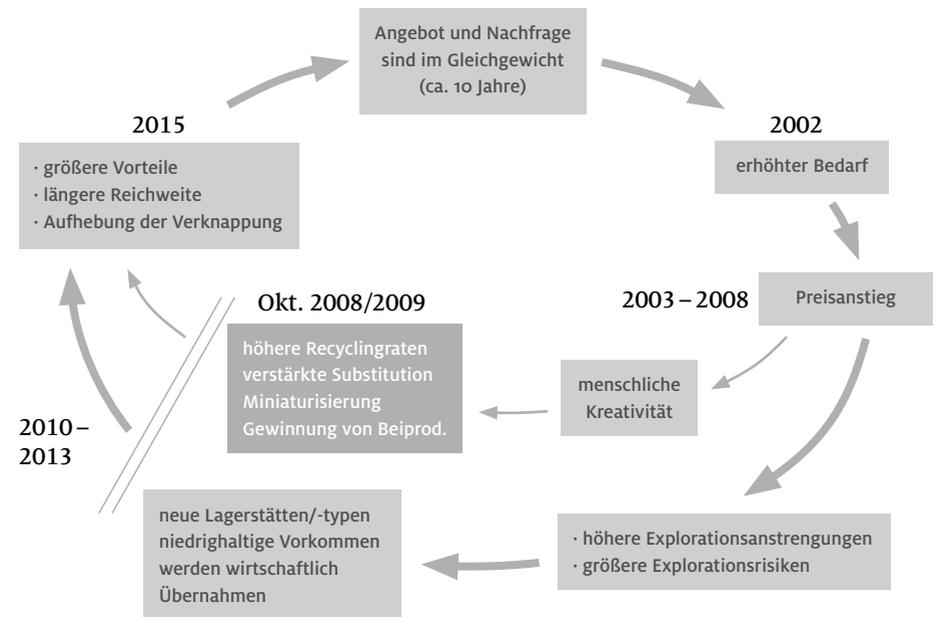
### Geologische Verfügbarkeit

Tatsächlich gibt es mehrere Indikatoren, die die Versorgungs- und Lieferrisiken bestimmen. Wenig kritisch ist die geologische Verfügbarkeit der Rohstoffe, auch die der seltenen Erden. Der vielfach gebrauchte Begriff der statischen Reichweite, der angibt, für wieviele Jahre der gegenwärtige Jahresbedarf eines Rohstoffs durch die weltweit bekannten und wirtschaftlich gewinnbaren Vorkommen gedeckt ist, sagt nichts darüber aus, welche Mengen noch in der Erdkruste vorhanden sind. Weite Teile der mit Bergbau erschließbaren Erdkruste sind noch nicht auf Rohstoffe erkundet worden. Das ist kein Wunder, denn die bekannten Vorräte reichen noch bis zu 50 Jahre oder länger. Daher werden Investitionen in Suche und Erschließung neuer Vorkommen nicht als gewinnbringend eingeschätzt. Anhaltend niedrige Rohstoffpreise am Ende des 20. Jahrhunderts waren für das Ausbleiben von Investitionen in die Erschließung neuer Vorkommen mitverantwortlich.

### Technische Verfügbarkeit

Als problematisch kann sich die Situation hinsichtlich der technischen Verfügbarkeit von Rohstoffen darstellen, insbesondere wenn der Zugang zu Rohstoffen durch Transportinfrastrukturen, Kapazitätsauslastung produzierender Bergwerke oder geringe Lagerbestände eingeschränkt ist. In der Regel kann das Angebot nur zögerlich auf steigende Nachfrage reagieren. Oft vergehen fünf, zehn, manchmal sogar 15 Jahre, bis eine neue Lagerstätte in Produktion geht.

### Verfügbarkeit mineralischer Rohstoffe Regelkreis der Rohstoffversorgung



Quelle: Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe

### Indikator Importabhängigkeit

Ein kritischer Indikator ist auch die Importabhängigkeit von Rohstoffen, insbesondere wenn diese, wie in Deutschland, eine hohe Bedeutung für die Wertschöpfungskette haben. Versorgungs- und Lieferrisiken steigen, wenn die Angebotsseite durch eine Konzentration auf wenige Staaten oder Unternehmen geprägt ist, die eine Marktmacht ausüben können. Beispiele hierfür

sind die seltenen Erden, die momentan weltweit zu 97 Prozent aus der Volksrepublik China bezogen werden, sowie der Handel mit Eisenerzen, der von drei Großunternehmen (Vale, Rio Tinto, BHP Billiton) dominiert wird. Sorgen bereiten auch geostrategische Risiken. Sie liegen vor, wenn der Marktzugang durch die Sicherheitslage, die politische Situation im Lieferland oder durch kritische Umwelt- oder Sozialaspekte behindert ist.

Unternehmen, die auf die Rohstofflieferungen aus dem Ausland angewiesen sind, sind gut beraten, auf unterschiedliche Bezugswege zu setzen oder durch Substitution, Recycling, höhere Materialeffizienz, eigene Rohstoffproduktion oder Absicherungsstrategien ihre Abhängigkeiten zu verringern.

## Vom Rohstofffluch zum Rohstoffsegen?

Eine Bestandsaufnahme zur Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)

Rohstoffe bergen für rohstoffreiche wie für rohstoffabhängige Länder Chancen und Risiken. Viele Länder mit Bodenschätzen sind dem Rohstofffluch verfallen und als fragile Staaten in eine Entwicklungsfalle geraten. Viele Regierungen dieser Staaten erkennen immer deutlicher, dass Transparenz und effizientes Management der Rohstoffeinnahmen den Rohstofffluch eindämmen und zu Wachstum und Stabilität führen können. Vor allem sogenannte Multistakeholder-Initiativen – also Zusammenschlüsse von mehreren Interessengruppen – entwickeln sich immer mehr zu Mechanismen, durch die verschiedene Akteure gemeinsam nationale, regionale und globale Probleme angehen können. Die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) etabliert sich derzeit als weltweiter Standard und als Referenz für Transparenz im Rohstoffsektor.



**Tim Bittiger**  
Regional Director EITI

Die EITI bringt Regierungen, rohstofffördernde Unternehmen und die Zivilgesellschaft zusammen. Gemeinsam stellen sie sicher, dass Zahlungsflüsse beim Verkauf von Öl, Gas und Mineralstoffen transparent und rechenschaftspflichtig werden. Die Partner in dieser ‚merkwürdigen Koalition‘ (wie der Economist sie im Jahre 2008 beschrieb) haben zwar beim ersten Hinsehen sehr unterschiedliche Interessen. In der EITI verfolgen sie aber ein gemeinsames Ziel: den Rohstofffluch und die Instabilität in rohstoffreichen Ländern durch Transparenz und Rechenschaftspflicht einzudämmen. Sie wollen so dazu beitragen, dass diese Länder

und ihre Bevölkerung vom Verkauf von Bodenschätzen tatsächlich profitieren können.

Die EITI bietet allen Partnern eine Win-win-Situation – eine Situation, in der alle Nutznießer sind. Rohstoffunternehmen haben ein Interesse an Investitionsstabilität und an der Vorhersehbarkeit der Steuerzahlungen. Denn sie stehen unter zunehmendem Druck, nicht mehr in Konfliktzonen zu operieren. Regierungen rohstoffreicher Länder möchten durch eine Teilnahme an der EITI demonstrieren, dass sie ihr Land verantwortungsvoll führen und die Einnahmen aus dem Rohstoffverkauf effizient und zum Vorteil des Landes verwenden. Eine immer aktivere und selbstbewusstere Zivilgesellschaft hat nationenübergreifend begonnen, von ihren Regierenden die Einhaltung der Grundsätze von Transparenz und Rechenschaftspflicht einzufordern. Regierungen können diese Forderungen selbst in Ländern, die als autoritär gelten, nicht länger ignorieren.

## Bevölkerung und Zivilgesellschaft profitieren

Die Vorteile der EITI für die Zivilgesellschaft und die Bevölkerung rohstoffreicher Länder sind wohl am offensichtlichsten. Insgesamt 80 EITI-Berichte wurden seit 2005 in über 30 EITI-Ländern weltweit veröffentlicht. Diese Berichte decken insgesamt Finanzdaten von über hundert Jahren ab. Dank der EITI-Berichte können die rund 50 Millionen Menschen in EITI-Ländern oft zum ersten Mal sehen, was ihre Regierungen durch den Rohstoffverkauf einnehmen. Dies hat in vielen der ärmsten Länder der Welt Transparenz in bisher nicht gesehendem Ausmaß geschaffen.

Deutschland ist weder reich an Bodenschätzen, noch sind deutsche Unternehmen in größerem Ausmaß direkt an der Förderung von Öl, Gas und Mineralien im Ausland beteiligt. Als eine der weltweit größten Volkswirtschaften und als langjähriger Exportweltmeister ist Deutschland aber stark von den Einfuhren von Energieträgern, Metallen und sonstigen Rohstoffen abhängig. Gute Regierungsführung und Transparenz an der Quelle spielen bei der

derzeitigen Diskussion der Bundesregierung über die Sicherung von Rohstoffen eine immer wichtigere Rolle. Ein Dialog mit der deutschen Industrie soll diese zur Unterstützung der EITI zu bewegen. Die Bundesregierung hat auch dabei mitgewirkt, dass die EITI von den Vereinten Nationen, der G-8-Gruppe und der G-20-Gruppe anerkannt wurde. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung setzt spezielle EITI-Programme zur technischen Zusammenarbeit in mehreren beteiligten Ländern um, vor allem im Rahmen von Strategien zur Verbesserung der Regierungsführung und zur Reform der öffentlichen Finanzverwaltung.

Ein Arbeiter in einem Kupfertagebau in Sambia. Sambia gehört zu den Kandidatenländern bei EITI.



## Kongress II

Außenpolitik, Wirtschaft und  
Entwicklungszusammenarbeit –  
Rohstoffversorgung als  
Querschnittsaufgabe



Beim zweiten Rohstoffkongress im Oktober 2011 wurde die strategische Rohstoffaußenpolitik weiter vorangetrieben.

## Rohstoffaußenpolitik mindert Importabhängigkeit

Antrag von CDU/CSU und FDP

Am 20. Oktober 2011 hat der Deutsche Bundestag den Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und FDP „Wirtschafts- und Außenpolitik für eine sichere Rohstoffversorgung – Wachstum und Arbeitsplätze in Deutschland, Europa und den Partnerländern“ beschlossen (Bundestags-Drucksache 17/7353).

In ihrem Antrag stellt die christlich-liberale Koalition fest, dass Rohstoffaußenpolitik und Rohstoffsicherheit zentrale Fragen für die Zukunft der deutschen Wirtschaft sind. In der Plenardebatte zu diesem Antrag sagte der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Philipp Mißfelder: „Wir versuchen, die bisher nicht gebündelten Aktivitäten von Auswärtigem Amt, BMZ und Bundeswirtschaftsministerium so zusammenzufassen, dass wir tatsächlich von einer Rohstoffaußenpolitik sprechen können.“

Der Antrag unterstreicht, dass Deutschland als Industrienation zu den größten Rohstoffkonsumenten der Welt zählt. Vor allem bei den Metallrohstoffen und vielen wichtigen Industriemineralien besteht eine nahezu vollständige Importabhängigkeit. Auch Energierohstoffe müssen in großem Umfang aus dem Ausland eingeführt werden. Der weltweit steigende Bedarf an Rohstoffen und die starke Konzentration der Förderung auf teilweise wenige Standorte oder auch Unternehmen lassen fürchten, dass die Rohstoffversorgung in Ländern, in denen die Unternehmen staatlicher Steuerung unterliegen, zum Spielball politischer Interessen werden könnte.

Unser Land braucht Versorgungssicherheit, um Arbeitsplätze und Wachstum zu sichern. Rohstoffsicherung ist primär Aufgabe der Wirtschaft. Doch mit ihrer Rohstoffpolitik schafft die Bundesregierung die erforderlichen Rahmenbedingungen. Hier arbeitet sie insbesondere im Interministeriellen Ausschuss Rohstoffe (IMA) eng mit der Wirtschaft zusammen.

Bei den für die industrielle Produktion unverzichtbaren metallischen Primärrohstoffen ist Deutschland zu hundert Prozent von Einfuhren abhängig. Die EU-Kommission hat im Rahmen ihrer Rohstoffinitiative 14 kritische metallische und mineralische Rohstoffe identifiziert. Lithium, das in allen Produkten mit aufladbaren Batterien – vom Handy über das Notebook bis zum Elektroauto – steckt, wird bereits als „weißes Gold“ bezeichnet. Laut Prognosen wird der Bedarf an Gallium, das für die Produktion von Dünnschicht-Photovoltaik und schnellen integrierten Schaltungen benötigt wird, im Jahr 2030 so hoch sein wie die gesamte heutige Weltproduktion. Auch sogenannte seltene Erden sind ein notwendiger Rohstoff, beispielsweise für Katalysatoren oder Hochleistungs-Dauermagnete in Windturbinen oder Elektrofahrzeugen.

Durch die dynamische Wirtschaftsentwicklung vor allem in den Schwellenländern steigt die Nachfrage. Der Weltmarkt für seltene Erden ist im vergangenen Jahrzehnt durchschnittlich um acht bis elf Prozent pro Jahr gewachsen.

Mit dem Antrag begrüßt der Deutsche Bundestag, dass alle Ansätze zur Diversifizierung und Erweiterung der Rohstoffbasis der deutschen Wirtschaft genutzt werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich verstärkt um Rohstoffexploration auch in Deutschland zu bemühen.

Der effiziente Einsatz von Rohstoffen ist ein weiterer wichtiger Schritt für ein ressourcenarmes Land wie Deutschland, seine Abhängigkeit von Importen zu reduzieren. Materialkosten stellen im produzierenden Gewerbe mit durchschnittlich gut 45 Prozent den größten Kostenfaktor dar. Deutschland nimmt beim Recycling international bereits eine Vorreiterrolle ein. Dieses Know-how gilt es zu nutzen und auszubauen.

## Finanz- und Realwirtschaft müssen Hand in Hand arbeiten

Kapitalangebot und Nachfrage zusammenbringen

Die Rolle der Finanzbranche im Rohstoffsektor ist immer wieder Gegenstand intensiver Diskussionen. Vor allem Spekulationen auf Rohstoffpreise – speziell im Agrarbereich – sorgen wiederholt für deutliche Kritik. Dass die Finanzindustrie aber auch einen wichtigen Beitrag zum nachhaltigen Erfolg von Rohstoffunternehmen und zur Versorgungssicherheit eines Landes leistet, wird dabei nur selten beachtet. Dabei ist dieser Beitrag nicht zu unterschätzen.

Finanzindustrie als Katalysator der Realwirtschaft

Kernaufgabe eines jeden Finanzdienstleisters im volkswirtschaftlichen Zusammenspiel ist es, Kapitalangebot und -nachfrage auf vielfältige Art und Weise zusammenzubringen. Die Finanzindustrie ist ein Katalysator der Realwirtschaft.



Christian Angermayer  
Investor

Im Sinne dieser zentralen gesellschaftlichen Funktion sollte sich die Finanzwirtschaft darauf fokussieren, den Rohstoffsektor optimal mit der Bereitstellung von ausreichend Eigenkapital und Fremdkapital zu unterstützen. Auf diese Weise kann der langfristige Erfolg von Rohstoffunternehmen gefördert werden, was wiederum nicht nur zum Wohle der Anteilseigner der Unternehmen ist, sondern auch einen Beitrag zur Versorgungssicherheit der heimischen Volkswirtschaft leisten kann.



Ein Minenarbeiter in Tansania. Gemeinsam verfügen die afrikanischen Länder über acht Prozent der weltweiten Gasreserven, zehn Prozent der Ölreserven und über 54 Prozent der Goldreserven.

Mit den spekulativ ausgelegten Derivaten allein wird die Finanzwirtschaft hingegen ihrer dienenden Rolle gegenüber der Realwirtschaft nicht gerecht. Ohne Zweifel können Derivate ein sinnvolles Absicherungsinstrument sein, zum Beispiel für Stahlkocher, die sich gegen allzu hohe Kohlepreise absichern wollen. Aber die Finanzindustrie sollte stets darauf bedacht sein, in erster Linie die Kapitalversorgung der Ökonomie im Blick zu haben.

### Unternehmen müssen neue Märkte erschließen

Allerdings ist die Kapitalbereitstellung seitens der Finanzindustrie keine Einbahnstraße. Wer Eigen- oder Fremdkapital bereitstellt, geht ein Risiko ein und erwartet zu Recht, dass dieses Risiko mit einer angemessenen Rendite vergütet wird. Daher sind die Unternehmen gefordert, ihren langfristigen Erfolg und ihre künftigen Erträge frühzeitig zu sichern. Dies lässt sich letztlich nur dann bewerkstelligen, wenn die Firmen bereit sind, ausgetretene Pfade zu verlassen. Und das bedeutet nicht zuletzt, neue Märkte zügig zu erschließen.

Einer der wichtigsten dieser neuen Märkte und zugleich Heimat vieler bedeutender Rohstoffvorkommen ist ohne Zweifel Afrika. So verfügen afrikanische Länder gemeinsam über acht Prozent der weltweiten Gasreserven, zehn Prozent der Ölreserven und sogar 54 Prozent der Goldreserven. Bei den Industriemetallen Chrom und Platin liegen sogar 80 bis 90 Prozent der weltweiten Vorkommen in Afrika. Auf dem Kontinent leben heute 860 Millionen Menschen auf einer Landmasse, die so groß ist wie die von Europa, den USA und China zusammen. Bis zum Jahr 2050 wird die Bevölkerung auf mindestens eine Milliarde Menschen wachsen. Wird ein Heilmittel gegen die Immunschwächekrankheit AIDS gefunden, wird die Marke von 1,5 Milliarden oder sogar zwei Milliarden Menschen erreicht werden.

China hat Afrika längst als aussichtsreichen Investitionsstandort entdeckt. In einigen sehr rohstoffreichen afrikanischen Nationen decken die Chinesen bereits 80 Prozent der Rohstoffvorkommen ab. Deutschland und deutsche Unternehmen dürfen hier nicht den Anschluss verlieren. Dies gilt umso mehr, als man in vielen afrikanischen Ländern über die starke Abhängigkeit von nur einem Partner nicht glücklich ist. Und auch mit Blick auf das kulturelle Verständnis wären verlässliche und faire deutsche Geschäftspartner willkommen. Dies äußern afrikanische Staatschefs hinter vorgehaltener Hand immer wieder. Aus vielen Gesprächen und nicht zuletzt dank unserer Investments vor Ort wissen wir: Deutschland genießt in den meisten Teilen Afrikas höchstes Ansehen, wir werden geschätzt für Präzision und Fleiß, kurz: Wir würden in Afrika die sprichwörtlichen offenen Türen einrennen.

Die Potenziale Deutschlands sind optimal – für langfristige Geschäftsbeziehungen mit Afrika ebenso wie für die weiterhin sichere Rohstoffversorgung insgesamt. Die Finanzwirtschaft steht bereit, die Realwirtschaft bei der Nutzung dieser Potenziale zu unterstützen. Denn für eine funktionierende Rohstoffversorgung müssen beide Seiten Hand in Hand arbeiten.

## Rohstoffsicherheit – Antworten von Wirtschaft und Politik

Für eine gleichberechtigte Versorgung aller Länder

Nach Schätzungen der Vereinten Nationen wird die Weltbevölkerung bis zum Jahr 2050 auf mehr als neun Milliarden Menschen anwachsen. Die meisten dieser Menschen träumen davon, einen ähnlichen Wohlstand zu erreichen, wie er heute im Westen Standard ist. Entsprechend wird die sichere und gleichberechtigte Versorgung mit Rohstoffen zu einer der größten Herausforderungen der künftigen Wirtschafts- und Außenpolitik werden. Daher begrüßt es der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft sehr, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion das Thema Ressourcensicherheit zur „Chefsache“ gemacht hat.

### Preisdruck und Versorgungsunsicherheit

Bereits heute ist bei einigen Industriemetallen ein erheblicher Preisdruck und eine zunehmende Versorgungsunsicherheit zu beobachten. Dies liegt an der spürbar steigenden Nachfrage in Ländern wie China, Brasilien oder Indien, aber auch an Exportrestriktionen von Seiten der Erzeugerländer und an zunehmender Rohstoffspekulation.

Wie man neue Quellen erschließt, haben uns jahrelang China und Japan vorgemacht. Beide Länder betreiben große Metallhandelsgesellschaften, die weltweit einkaufen und in Minen investieren. China und Japan setzen zudem auf strategische Partnerschaften, die über Afrika, Asien und Südamerika hinausgehen. Die staat-



**Prof. Dr. Rainer Lindner**  
Geschäftsführer des Ost-Ausschusses  
der Deutschen Wirtschaft

liche chinesische Metallhandelsgesellschaft bezieht beispielsweise Kupfer aus Polen. Japan hat Abkommen mit der Mongolei, Indien, Kasachstan und Vietnam geschlossen.

## Internationale Kooperation als Schlüssel zur Rohstoffsicherung

Seit zwei Jahren wird auch in Deutschland intensiv über das Thema Rohstoffsicherung diskutiert. Die Bundesregierung hat bereits Ende 2010 die Deutsche Rohstoffagentur in Hannover gegründet und im Oktober 2010 eine eigene Rohstoffstrategie veröffentlicht. Anfang Februar 2011 stellte auch die EU eine neue Strategie vor, die sich wie der deutsche Ansatz auf drei Säulen stützt: Recycling, Ressourceneffizienz und Rohstoffdiplomatie. Bis Produkte entwickelt sind, die den Verbrauch teurer Metalle minimieren, bis das Recycling effizient organisiert und Europas Schrotthalden, auf denen tausende Tonnen von Industriemetallen begraben liegen, für „Urban Mining“ erschlossen sind, vergeht viel Zeit. Deshalb ist heute die internationale Kooperation für das relativ rohstoffarme Deutschland besonders wichtig.

Mit den Vereinbarungen über eine Rohstoff- und Modernisierungspartnerschaft mit der Mongolei und Kasachstan sind der Bundesregierung 2011 und 2012 wichtige Schritte gelungen, um deutschen Unternehmen neue Handlungsspielräume in diesen Ländern zu verschaffen. Die Kooperation im Rohstoffbereich mit Kasachstan gehört schon seit Längerem zu den Aufgaben des Ost-Ausschusses. Über die bestehenden Rohstoffpartnerschaften hinaus gibt es aber im Arbeitsbereich des Ost-Ausschusses weitere Länder – allen voran Russland, aber auch Aserbaidschan, Tadschikistan und Turkmenistan –, die über Rohstoffe verfügen und mit denen eine enge Zusammenarbeit angestrebt werden sollte. Im Ost-Ausschuss wird deshalb ein Arbeitskreis Rohstoffe die Kontakte mit den verschiedenen Ländern bündeln und Unternehmenskooperationen vorantreiben.

## Die Wirtschaft organisiert sich

Eine wichtige Rolle in diesem Zusammenhang wird die Allianz für Rohstoffsicherung spielen, die im Frühjahr 2012 unter Leitung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) gegründet wurde. Diese GmbH prüft Beteiligungen an Förderprojekten und betätigt sich als Projektentwickler. Auch das Deutsch-Russische Rohstoff-Forum, in dessen Lenkungsreis der Ost-Ausschuss mitwirkt, kann hier ein Impulsgeber sein.

Das Thema Versorgungssicherheit – sowohl bei Energie als auch bei nichtenergetischen Rohstoffen – nimmt für deutsche Unternehmen längst einen ähnlichen Stellenwert ein. Der Ost-Ausschuss steht hier als Vermittler zwischen unternehmerischen und politischen Interessen bereit.

Bundeskanzlerin Angela Merkel im Gespräch mit dem Präsidenten der Mongolei, Tsakhia Elbegdorj. Im Oktober 2011 wurden die Vereinbarungen über eine Rohstoffpartnerschaft getroffen.



## Kongress III

Werte und Wertschöpfung –  
Rohstoffsicherheit für  
Deutschland und Europa



Auch der dritte Rohstoffkongress im April 2012 stieß auf ein großes Echo und hat die Debatte über Deutschlands Interesse an einer sicheren Rohstoffversorgung weit vorangebracht.

## Perspektiven für eine sichere und nachhaltige Rohstoffversorgung in Deutschland

Von staatlichen Rahmenbedingungen und wirtschaftlichen Initiativen

Ein sicherer, preisgünstiger und nachhaltiger Zugang zu Rohstoffen ist von zentraler Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Dies trifft in besonderem Maß für die Industrierohstoffe zu, bei denen eine hohe Importabhängigkeit besteht. Die Rohstoffbeschaffung ist und bleibt in erster Linie Aufgabe der Unternehmen. Die Verantwortung des Staates besteht darin, die politischen, rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen für eine Rohstoffversorgung zu setzen, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gewährleistet. Dazu gehört einerseits der Abbau bestehender und die Verhinderung neuer Handelsschranken (Zölle, Steuern, Double pricing etc.) sowie der Abschluss bilateraler Abkommen mit wichtigen Lieferanten (Rohstoffpartnerschaften, Freihandelsabkommen mit Rohstoffteil).



**Dr. Joachim Pfeiffer**  
Wirtschaftspolitischer Sprecher  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Parallel dazu ist die Eigeninitiative der Wirtschaft gefordert. Mit der Rohstoffallianz hat die Industrie einen ersten wichtigen Schritt in diese Richtung getan, um die Kräfte zu bündeln und Deutschland auf den Rohstoffmärkten wieder ins Spiel zu bringen. Andererseits müssen die Unternehmen die Rohstoffeffizienz und -effektivität weiter erhöhen. Sie müssen noch mehr als bisher Materialien recyceln und auf alternative Grundstoffe (Substitution) setzen. Nicht zu vergessen ist, dass Deutschland selbst reich an heimischen mineralischen Rohstoffen ist, die ebenfalls wesentlich zur sicheren Versorgung der Wirtschaft beitragen.

Zentrale Bausteine einer sicheren und nachhaltigen Rohstoffversorgung sind:

1. Verbesserung der Rohstoffeffizienz, Recycling und Substitution
2. Nutzung heimischer Rohstoffe
3. Sicherstellung der Rohstoffimporte

## Rohstoffeffizienz, Recycling und Substitution

Deutschland gehört bereits jetzt zu den Volkswirtschaften mit der höchsten Rohstoffeffizienz weltweit. Vor zehn Jahren wurden für jede Million des Bruttoinlandsprodukts noch 680 Tonnen Rohstoffe verbraucht, im Jahr 2008 waren es hingegen nur noch 580 Tonnen. Ziel ist es, die Rohstoffproduktivität bis 2020 gegenüber 1994 zu verdoppeln. Bei rückläufigem Rohstoffeinsatz (minus 19,4 Prozent von 1994 bis 2009) hat es Deutschland geschafft, die wirtschaftliche Leistung um 18,4 Prozent zu erhöhen.<sup>1</sup> Das Verhältnis von BIP zum Rohstoffeinsatz ist damit in diesem Zeitraum um fast die Hälfte gestiegen.

Doch das Potenzial ist bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Die deutsche Volkswirtschaft kann es sich schlichtweg nicht leisten, wertvolle Rohstoffe auf den Müll zu werfen, wie es derzeit leider noch oft passiert. Der Rohstoffverbrauch liegt pro Jahr bei circa 140 Milliarden Euro; davon werden bislang Rohstoffe im Wert von zehn Milliarden Euro durch Recycling zurückgewonnen.<sup>2</sup> Das zeigt, wie wichtig dieses Thema ist. Bei einigen Materialien, z. B. Kupfer, hat Deutschland mit 54 Prozent die höchste Recyclingquote weltweit (EU 45 Prozent, USA 41 Prozent, Welt 13 Prozent). Die Recyclingraten anderer wichtiger Rohstoffe betragen 35 Prozent bei Aluminium, 59 Prozent bei Blei, 90 Prozent bei Stahl, 20 bis 25 Prozent bei Kobalt und 10 Prozent bei Molybdän.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Vgl. z.B. Umweltbundesamt (2010): Hintergrund: Rohstoffeffizienz – Wirtschaft entlasten, Umwelt schonen. <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/4038.pdf>

<sup>2</sup> Vgl. z.B. Hintergrundinformationen zum IHK-Jahresthema (2012): Faktenpapier nicht-energetische Rohstoffe

<sup>3</sup> Rohstoffstrategie der Bundesregierung (2010): Kapitel 6 Recycling, S. 13

Forschung und Entwicklung sind der Schlüssel, um die Rohstoffeffizienz voranzutreiben und entlang der gesamten Wertschöpfungskette nachhaltig zu wirtschaften. Entsprechende Impulse dafür setzt beispielsweise das „Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand“ (ZIM). Es mindert die Risiken und gibt kleinen und mittleren Unternehmen Anreize, in Forschung und Entwicklung zu investieren.

Der Ersatz knapper durch nachwachsende oder kostengünstigere Rohstoffe mit einer längeren Reichweite (Substitution) wird künftig immer wichtiger. So ersetzt in der Energieversorgung (z. B. bei Stromleitungen) Aluminium (Preis rund 2.500 Dollar/Tonne) zunehmend Kupfer (10.000 Dollar/Tonne, Stand: Anfang 2012). Ebenso ist Aluminium in der Automobilindustrie Ersatzmaterial für Stahl. Kunststoffe ersetzen in verschiedenen Branchen zunehmend kostenintensive Metalle wie Messing, Zink, Aluminium oder Kupfer.

## Heimische Rohstoffe: Die Schätze vor der Haustüre nutzen

Eine zentrale und oft unterschätzte Rolle spielen Rohstoffe aus heimischen Quellen. Die heimische Rohstoffindustrie ist mit ihren über 200.000 Beschäftigten in rund 6.000 Betrieben eine tragende Säule der deutschen Volkswirtschaft. Von den in Deutschland genutzten nichtmetallischen Rohstoffen stammen vor allem Kali- und Steinsalz sowie der größte Teil der Steine und Erden aus inländischer Produktion: z.B. 100 Prozent bei Kali-, Stein- und Schwefelsalz sowie bei wichtigen Baustoffen wie Gips, Kalk-, Dolomitstein, Gesteinskörnungen und Braunkohle. Hohe inländische Förderanteile bestehen auch bei Kaolin, Feldspat (71 Prozent), Raffinade-Blei (69 Prozent), Raffinade-Aluminium (60 Prozent), Bentonit (55 Prozent) oder Raffinade-Kupfer (43 Prozent).<sup>4</sup>

<sup>4</sup> Abb. Importabhängigkeit und Selbstversorgungsgrad Deutschlands: DERA Rohstoffinformationen (2010), S.15

Laut Pfeiffer spielen Rohstoffe aus heimischen Quellen eine zentrale und oft unterschätzte Rolle.



Der heimische Bergbau braucht Rahmenbedingungen, die Ökonomie, soziale Verantwortung und Ökologie in Einklang bringen. Das deutsche Bergrecht ist so auszugestalten, dass die Förderung von Rohstoffen und die Wertschöpfung im Inland auch weiterhin möglich sind. Dabei müssen selbstverständlich die in Deutschland geltenden hohen Umweltstandards strikt eingehalten werden. Aber niemandem ist geholfen, wenn durch übermäßige Verschärfung von behördlichen Auflagen einerseits und einer Verunsicherung der Bevölkerung durch gezielte Kampagnen andererseits Rohstoffförderung in Deutschland bald ähnlich schwierig wird wie die Verwirklichung großer Infrastrukturprojekte oder Industrieanlagen. Denn

jede Tonne, die nicht bei uns gefördert wird, muss teuer aus dem Ausland importiert werden. Dort wird sie aber sehr häufig unter wesentlich weniger umweltfreundlichen Bedingungen produziert. Das Sankt-Florians-Prinzip ist somit auch im Bergrecht kein Zeichen für Nachhaltigkeit, sondern im Gegenteil ein Zeichen für Egoismus gegenüber den Ländern, auf deren Lieferungen man sich verlässt.

## Sicherstellung der notwendigen Rohstoffimporte

Als Hochtechnologiestandort kommt Deutschland nicht um den Import von Rohstoffen herum. Metalle wie Kobalt, Platin, Titan, Indium und seltene Erden sind für Schlüsseltechnologien und innovative Produkte unabdingbar. Zwar gibt es gegenwärtig weltweit keine physische Verknappung von Rohstoffen, doch die globale Rohstoffsituation hat sich durch das rasante Wirtschaftswachstum der Schwellenländer verändert. Vor allem angesichts der großen Nachfrage aufstrebender Volkswirtschaften wie China und Indien stellt sich die Rohstofffrage mit neuer Dringlichkeit. China – als Land mit dem größten Rohstoffverbrauch – hat sich in einer Reihe von Entwicklungsländern einen fast exklusiven Zugang

zu bestimmten Rohstoffen gesichert. Deutschland hingegen hat den direkten, strategischen Zugriff auf wichtige Rohstoffe aufgegeben und das damit verbundene Know-how verloren. Die Aktivitäten in diesem Bereich aufzugeben, war aus heutiger Sicht kurzsichtig und eine kollektive Fehlentscheidung der deutschen Wirtschaft. Denn unser Land zählt mit zu den größten Rohstoffkonsumenten der Welt. Allein im Jahr 2010 hat Deutschland für fast 110 Milliarden Euro Rohstoffe importiert. Die weltweite Rohstoffproduktion konzentriert sich auf nur wenige, zum Teil instabile Länder. Wettbewerbsverzerrungen, Handelsbarrieren und Preisschwankungen erhöhen zudem die Lieferrisiken und gefährden die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Daher ist die internationale Zusammenarbeit mit unseren europäischen und außereuropäischen Partnern und allen Lieferregionen umso wichtiger.

Die Rohstoffpartnerschaften der Bundesregierung mit Ländern wie der Mongolei und Kasachstan ebnen deutschen Unternehmen den Weg für diskriminierungsfreie und faire Investitionsmöglichkeiten. Im Gegenzug dazu verpflichtet sich Deutschland als fairer Partner, den Aufbau rohstoffverarbeitender Industrien im Land zu fördern. Die Rohstoffpartnerschaften sollen Abhilfe schaffen bei Preisschwankungen und Lieferengpässen. Neben der Mongolei und Kasachstan kommen auch Partnerschaften mit anderen Ländern wie Chile und Südafrika in Frage. Deutschland hat einen hervorragenden Ruf. Dies birgt die Chance, ein ehrlicher und fairer Partner rohstoffreicher Länder zu werden und somit die Rohstoffversorgung hierzulande langfristig zu sichern.

## Fazit

Eine sichere, wirtschaftliche und nachhaltige Rohstoffversorgung ist für einen exportorientierten Hochindustriestandort wie Deutschland überlebenswichtig. Politik und Wirtschaft können diese Herausforderung nur gemeinsam meistern. Die Allianz zur Rohstoffsicherung der deutschen Industrie ist ein notwendiger Schritt, um die Kräfte zu bündeln. Industrie und Unternehmen müssen

sich bei der Exploration und beim Abbau von Rohstoffen langfristig einbringen, um ihr Know-how wieder aufzubauen.

Aufgabe der Politik und des Staates ist es, diese Maßnahmen zu flankieren, z. B. durch weitere Rohstoffpartnerschaften und faire Rahmenbedingungen. Diesen Weg gilt es konsequent weiterzugehen – national und insbesondere auch europäisch. Die deutsche Initiative könnte Keimzelle für gebündelte europäische Aktivitäten auf diesem Feld sein. Das ist ein langer und nicht einfacher, aber sicher lohnenswerter Prozess. Die christlich-liberale Koalition bietet dabei ihre Unterstützung an. Genauso müssen bestehende Potenziale bestmöglich genutzt werden – angefangen von einem nachhaltigen Rohstoffabbau über ressourcenschonende Prozesse bis hin zu Wiederverwertung, Recycling und Substitution. Insbesondere die zentrale Bedeutung der heimischen Rohstoffe für unsere Volkswirtschaft werden wir in einem weiteren Fraktionskongress aufgreifen.

## Rohstoffsicherung ist eine Zukunftsaufgabe für den Industriestandort Deutschland

Bundesregierung und BDI im Dialog

Eine sichere Rohstoffversorgung Deutschlands zu wettbewerbsfähigen Bedingungen ist die Voraussetzung für Wertschöpfung, Wachstum und Wohlstand – heute und in Zukunft. Der Zugang zu Rohstoffen ist für die Unternehmen in Deutschland allerdings von einer unternehmerischen Aufgabe zu einer unternehmenspolitischen Herausforderung geworden. Insbesondere auf den internationalen Märkten sind die Unternehmen mit erheblichen Wettbewerbsverzerrungen konfrontiert. Die Bundesregierung und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) führen seit dem Jahr 2007 einen sehr engen Dialog zum Thema Rohstoffsicherheit. Die Rohstoffstrategie der Bundesregierung, die im Jahr 2010 auf dem dritten BDI-Rohstoffkongress vorgestellt wurde, ist ein Ergebnis dieses Dialogs.



**Ulrich Grillo**  
Vizepräsident Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)

Rohstoffsicherung ist und bleibt Hauptaufgabe der Wirtschaft, auch unter erschwerten Bedingungen. Der BDI hat die Notwendigkeit erkannt, dass eine Antwort der Industrie auf die sich zuspitzende Lage nötig ist. Er hat deshalb die Gründung einer Rohstoffallianz initiiert. Mit der Rohstoffallianz sollen von der Industrie gemeinsam Beteiligungen bei Rohstoffprojekten im Ausland aufgebaut werden, um die Versorgungssicherheit bei „kritischen Rohstoffen“ zu verbessern. Die Rohstoffallianz wird bereits von der gesamten Breite der Industrie getragen, und sie steht weiterhin allen Unternehmen in Deutschland offen. Die Rohstoffallianz wird ohne Kapitalbeteiligung des

Bundes auskommen. Allerdings müssen die Instrumente der Bundesregierung zielführend weiterentwickelt werden, um die Initiative zu flankieren. So sollte der Budgetrahmen des neuen Explorationsförderprogramms – das Darlehen für die Aufsuchung von Rohstoffen bieten soll – zügig aufgestockt werden.

### Rohstoffpartnerschaften mit Leben füllen

Das Instrument der Partnerschaften Deutschlands mit rohstoffreichen Ländern, das Bestandteil der Rohstoffstrategie der Bundesregierung ist, soll ein weiterer wichtiger Baustein für die Verbesserung der Rohstoffversorgung werden. Die angestrebten Partnerschaften sollen dabei einen konkreten Nutzen erbringen für beide Seiten.



### Korruption entgegenwirken

Die nachhaltige Nutzung der Einnahmen aus dem Rohstoffsektor ist von großer Bedeutung, insbesondere in rohstoffreichen Entwicklungsländern. Die deutsche Industrie befürwortet deshalb die „Extractive Industries Transparency Initiative“ (EITI), die eine Offenlegung der Zahlungsströme zwischen Unternehmen und Regierungen zum Ziel hat, um drohender Korruption entgegenzuwirken und die Regierungen gegenüber ihren Bevölkerungen zu stärken. Die ergänzenden Initiativen aus den USA und der Europäischen Union bereiten der Industrie allerdings Sorge. Dies betrifft vor allem die angestrebte

Industrie und Politik müssen vermeiden, dass der Rohstoffhandel zur Finanzierung von Konflikten genutzt wird.

Nachweispflicht über den Einsatz und die Herkunft von Rohstoffen, die in Konfliktregionen gewonnen werden. Die Industrie ist sich ihrer Verantwortung bewusst, einen Beitrag dazu zu leisten, dass Handelsgeschäfte mit Rohstoffen nicht zur Finanzierung von Konflikten missbraucht werden. Ein Herkunftsnachweis allerdings muss vor Ort ansetzen, in den Förderländern. Die Voraussetzungen dafür können nur im Rahmen der Außen- und Entwicklungspolitik geschaffen werden.

Die deutsche Industrie wird den Dialog mit der Bundesregierung und dem Parlament zur Rohstoffsicherheit weiterführen. Wichtige Weichenstellungen und Maßnahmen in Deutschland und Europa wurden bereits angestoßen, aber es müssen weitere folgen. Dies wird uns gelingen. Aber nur gemeinsam werden wir erfolgreich sein.

---

### Allianz für Rohstoffsicherheit



ROHSTOFFALLIANZ

Zur Verbesserung der Versorgungssicherheit der deutschen Industrie mit kritischen Rohstoffen wurde im Frühjahr 2012 die **RA Rohstoffallianz GmbH** gegründet. Gründungsgesellschafter sind zehn Unternehmen der Auto-, Chemie- und Schwerindustrie: Aurubis, BASF, Bayer, Bosch, Chemetall, Evonik, Georgsmarienhütte, Stahl Holding Saar, ThyssenKrupp und Wacker Chemie.

Die Gesellschaft will sich bei der Erschließung und Gewinnung von Rohstoff-Vorkommen in aller Welt engagieren, um Engpässe für die deutsche Industrie zu verhindern.

---

## Rohstoffsicherung und Innovation

Rohstoffpolitik aus Sicht eines international tätigen Spezialchemie-Konzerns

2011 war das Jahr des Durchbruchs in der Rohstoffpolitik – in der EU, in Deutschland und in der deutschen Wirtschaft, von der Diskussion über die Konzeption bis zu konkreten politischen Aktionen.

Wesentliche Impulse für diesen Prozess hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit ihren Schwerpunkt-kongressen zur Rohstoffthematik gegeben. Allen Bundestagsanträgen der Fraktion gemeinsam war der Tenor, dass es notwendig ist, die Bemühungen der Wirtschaft im internationalen Bereich politisch zu begleiten. Auch die Bedeutung einer Entwicklungspartnerschaft zwischen den Importeuren und Exporteuren von Rohstoffen wurde dabei hervorgehoben: Das bedeutet, dass die Industrieländer sich auch um die wirtschaftliche Entwicklung der Lieferländer bemühen. Schließlich wird dem Prinzip der Nachhaltigkeit bei der Rohstoffförderung ein hoher Stellenwert eingeräumt.



**Dr. Werner Breuers**  
Mitglied des Vorstandes,  
LANXESS AG

Der intensive Rohstoffdialog in den vergangenen beiden Jahren, der zwischen der Bundesregierung und den Spitzenorganisationen der deutschen Wirtschaft – vertreten durch den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) – geführt wurde, mündete am 17. November 2011 in die Gründung der Allianz zur Rohstoffsicherheit (ARS). Dies ist ein weiterer zentraler Schritt hin zu einer sicheren und zukunftsorientierten Rohstoffpolitik für die deutsche Wirtschaft.

Der Spezialchemie-Konzern Lanxess begrüßt ausdrücklich die Partnerschaftsabkommen mit der Mongolei und mit Kasachstan. Darüber hinaus würdigt das Bergbau betreibende Unternehmen auch alle geplanten Programme der Bundesregierung zur Explorationsförderung.

Aus Sicht eines internationalen Spezialchemie-Konzerns werden folgende Punkte als zentral eingestuft:

*Rohstoffe und Innovation:* Eine sichere Rohstoffversorgung ist eine Grundvoraussetzung für eine funktionierende Volkswirtschaft. Vor allem Innovationen sind ohne freien Rohstoffzugang nicht möglich. Freier Rohstoffzugang ist deswegen in der globalisierten Welt unerlässlich. Abschottungen schädigen nicht nur die Entwicklung von Ländern und den freien Handel, sondern letztlich auch denjenigen, der sich abschottet.

*Moderne Rohstoffbeziehungen* sollten partnerschaftlich angelegt sein. Das heißt: Es kommt nicht allein auf die Vorteile an, die die Importeure der Ressourcen haben, sondern auch darauf, dass eine Wertschöpfungskette im Exportland in Gang gesetzt wird. Nur so können tragfähige Beziehungen zwischen den Partnerländern aufgebaut werden, nur so kann eine wirtschaftliche Eigendynamik entstehen. Vor allem hoch innovative, globalisierte Unternehmen profitieren von der Partnerschaftsfähigkeit der Export- und Importnationen.

*Ressourceneffizienz und Ressourcenschonung* gehören beim Spezialchemie-Konzern Lanxess zu den Grundsätzen der Unternehmenspolitik. Darüber hinaus setzt das Unternehmen auf Wiedergewinnungsstrategien wie dem Recycling von Abfällen und dem „urban mining“, der Wiederverwertung verarbeiteter und verbauter Materialien.

*Rohstoff-Substitution:* Lanxess strebt zunehmend hoch-innovative Lösungen an, wenn es um die Substitution herkömmlicher Stoffe durch neue biobasierte Rohstoffe geht. So ist das Unternehmen Vorreiter auf dem Gebiet der synthetischen Hochleistungskautschuke, die zur Herstellung „grüner Reifen“ dienen. Sie sind energieeffizienter, sicherer und haltbarer als Standardreifen.



Bei der Reifenproduktion werden herkömmliche Rohstoffe durch neue biobasierte Hochleistungskautschuke ersetzt.

## Kongress IV

Rohstoffhandel –  
Brauchen wir mehr  
Regulierung?



Auf dem Kongress im März 2012 diskutierte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Aktivitäten von Finanzinvestoren an den globalen Agrar- und Rohstoffterminmärkten.

## Agrar- und Rohstoffmärkte im Fokus von Finanz- investoren

Risiken und Regulierung

An den weltweiten Agrar- und Rohstoffmärkten sind seit einigen Jahren erhebliche Preisschwankungen zu verzeichnen. Die langfristige Preisentwicklung an diesen Märkten ist in erster Linie abhängig von fundamentalen Faktoren wie Wachstum der Bevölkerung oder Ernteausfälle durch Wetterschäden. Auch politische Veränderungen spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Die Nachfrage nach Agrar- und Rohstoffen ist vor allem in den vergangenen Jahren weltweit gestiegen. Gleichzeitig gewinnen Termingeschäfte auf Agrar- und Rohstoffe zunehmend an Bedeutung. Termingeschäfte dienen Unternehmen der Realwirtschaft vor allem zur Absicherung von Preisrisiken. Dieses sogenannte Hedging ist ein wichtiges Instrument im Rahmen des betrieblichen Risikomanagements.



**Klaus-Peter Flosbach**  
Finanzpolitischer Sprecher der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Darüber hinaus hat allerdings auch die Aktivität von Finanzinvestoren an den globalen Agrar- und Rohstoffterminmärkten zugenommen. Gemäß des Finanzstabilitätsberichts der Deutschen Bundesbank von 2011 wächst das Engagement von Banken, Versicherungsunternehmen und Investmentfonds in diesem Bereich mit hohen Kapitalzuflüssen. Agrar- und Rohstoffe haben sich inzwischen als eigene Anlageklasse etabliert. Angesichts der hohen Liquidität an den Finanzmärkten und niedriger Zinsen wird darin zunehmend eine alternative und vermeintlich renditeträchtige Anlageform gesehen.

Die Meinungen darüber, ob und in welchem Umfang das zunehmende Engagement von Finanzinvestoren auf den Terminmärkten Preisschwankungen verursachen oder verstärken kann, die nicht durch fundamentale Marktfaktoren bedingt sind, gehen auseinander. Risiken für die Integrität der Märkte und starke Preisschübe lassen sich nach Einschätzung vieler Experten – zum Beispiel von der Deutschen Bundesbank – nicht ausschließen. Diese Entwicklung stellt eine fundamentale Gefahr für unsere Rohstoffsicherheit dar. Rohstoffsicherheit ist aber kein Selbstzweck, sondern eine entscheidende Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit und damit für die Zukunft unseres Landes. Sie trägt zu Wohlstand, Wachstum und Beschäftigung bei – nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Darüber hinaus ist eine Spekulation mit Agrarstoffen bzw. Lebensmitteln wie Mais, Weizen und Reis schon allein aus ethischen Gründen abzulehnen.

### Fehlentwicklungen verhindern – Märkte regulieren

Um Fehlentwicklungen an diesen Märkten vorzubeugen, ist eine gezielte und wirksame Regulierung des Agrar- und Rohstoffterminhandels erforderlich. Erstens sind Preisübertreibungen, die auf Spekulationen beruhen, einzugrenzen. Zweitens ist es entscheidend, den Handel mit physisch hinterlegten Rohstoffen so zu begrenzen, dass sie nicht dem realwirtschaftlichen Produktionsprozess entzogen werden. Mit einem schlichten Verbot des Handels mit Agrar- und Rohstoffen oder entsprechender Termingeschäfte beziehungsweise des Derivatehandels ist es dabei sicherlich nicht getan. Ein Verbot würde den Märkten die notwendige Liquidität entziehen – mit der Folge unerwünschter Verwerfungen. Die rohstoffverarbeitende Industrie könnte ihre Versorgung nicht mehr gegen Preisrisiken absichern und wäre den Preisschwankungen auf den Rohstoffmärkten ungeschützt ausgesetzt. Dies wiegt mit Blick auf die Importabhängigkeit der deutschen Wirtschaft umso schwerer.

### Durch Transparenz Marktmissbrauch verhindern

An erster Stelle einer Regulierung muss die Herstellung von Transparenz stehen. Mangelnde Transparenz an den außerbörslichen Handelsplätzen macht es schwierig, den Einfluss einzelner Investorengruppen und Handelsstrategien auf die Preisbildung an den Agrar- und Rohstoffmärkten zu beurteilen. Es ist daher ein zentraler Punkt der laufenden Reformanstrengungen, die bislang schlechte Datenlage auf globaler oder zumindest europäischer Ebene zu verbessern. Hierzu wäre die Einrichtung von zentralen Transaktionsregistern sowie von

internationalen Melde-registern für Agrar- und Rohstoffderivate sowie physische Rohstofftransaktionen sinnvoll. Eine solidere Informationsbasis über alle Segmente hinweg dürfte der Gefahr eines Marktmissbrauchs, etwa durch Akteure mit dominanter Marktstellung, entgegenwirken. Sie ermöglicht zudem ein fundierteres Urteil über die Notwendigkeit regulatorischer Maßnahmen.



Flosbach fordert mehr Transparenz an den Handelsplätzen und entsprechende Eingriffsbefugnisse für die Aufsichtsbehörden.

Unser Ziel von Transparenz werden wir nur erreichen, wenn wir Preisübertreibungen aufdecken können. Wir brauchen hierzu länderübergreifende, zuverlässige und zeitnahe Informationen über Produktions- und Nachfragemengen sowie über Lagerbestände. Und wir brauchen bessere Analysen des Zusammenhangs zwischen lokalen und globalen Agrar- und Rohstoffmärkten.

### Eingriffsbefugnisse für Aufsichtsbehörden schaffen

Mehr Transparenz ist aber nur ein erster Schritt. Damit dämmen wir weder Spekulationen ein noch deren

Folgen. Transparenz versetzt Aufsichtsbehörden in die Lage, Fehlentwicklungen effizient gegenzusteuern, wenn sie die entsprechenden Eingriffsbefugnisse haben. Positionslimits zur Begrenzung von Spekulationen sind beispielsweise ein gutes Hilfsmittel. Die Beschlüsse, die die Staats- und Regierungschefs der zwanzig bedeutendsten Industrie- und Schwellenländer auf ihrem Gipfel im November 2011 in Cannes getroffen haben, weisen hier in die richtige Richtung. An der Umsetzung dieser Beschlüsse wird auf europäischer Ebene intensiv gearbeitet. Entscheidend ist nun, dass diese Arbeiten so schnell wie möglich abgeschlossen werden.

### Regulierte globale Rohstoffmärkte sind im deutschen Interesse

Der Handel mit physisch hinterlegten Rohstoffen durch Finanzmarktakteure hat in Deutschland noch keine nennenswerte Dimension erreicht. Vor dem Hintergrund globaler Märkte kann eine fehlende kritische Masse in Deutschland aber kein Grund sein, von entsprechenden Regulierungsinitiativen Abstand zu nehmen. Denn deutsche Industrieunternehmen sind auf den globalen Märkten aktiv. Es darf nicht sein, dass beim Handel mit physisch hinterlegten Rohstoffen durch Finanzmarktakteure diese Rohstoffe dem realwirtschaftlichen Produktionsprozess entzogen werden. Es ist auch zu bezweifeln, ob dieser Handel überhaupt ein zulässiges Bank- oder Versicherungsgeschäft sein soll.

In dieser Frage steht die politische Diskussion allerdings noch am Anfang. Ziel ist es, dass wir auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene Schritt für Schritt einen regulativen Rahmen schaffen, der bei allen Finanzmarktakteuren zu verantwortungsvollerem Verhalten führt. Nur so sichern wir ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum.

## Rohstoffhandel – Risiken und Chancen für Entwicklungsländer

Dem „Rohstofffluch“ entkommen

Jahrzehntelang konnten Entwicklungsländer für Rohstoffe weniger Erlöse erzielen als sie für importierte Waren und Dienstleistungen aufbringen mussten. Die Rede war von schlechter werdenden „Terms of Trade“, die als ein wesentlicher Grund für Unterentwicklung bewertet wurden. Bei wachsender Nachfrage und steigenden Rohstoffpreisen haben diese Fragen heute an Bedeutung verloren.

Dafür kam das Paradoxon des „Rohstofffluchs“ ins Spiel. Viele Entwicklungsländer verfügen über große Rohstoffvorkommen. Aber nur relativ wenigen ist es bisher gelungen, aus dem Handel mit diesen Vorteilen für die Entwicklung ihres Landes zu ziehen. Denn dafür ist gute

Regierungsführung die entscheidende Voraussetzung. Vielfach hat der Rohstoffhandel zerstörerische Wirkung. Die Einnahmen werden extrem ungleich verteilt; korrupte Eliten bereichern sich und exportieren Kapital. In anderen Fällen finanzieren die Einnahmen sogar bewaffnete innere Machtkämpfe. „Blutdiamanten“ und Kindersoldaten sind Ausdruck dieser Fehlentwicklung.

Hierauf hat die Bundesregierung mit ihrem „Entwicklungspolitischen Strategiepapier: Extraktive Rohstoffe“ aus dem Jahr 2010 reagiert. Rohstoffreiche Partnerländer sollen dabei unterstützt werden, ihren Rohstoffreichtum für die eigene Entwicklung zu nutzen. Deutschland hat seine Entwicklungszusammenarbeit



**Sibylle Pfeiffer**  
Entwicklungspolitische Sprecherin  
der CDU/CDU-Bundestagsfraktion

hierauf ausgerichtet. Im Mittelpunkt stehen die entwicklungspolitische und ökologische Ausgestaltung des Rohstoffsektors. Das bilaterale entwicklungspolitische Engagement Deutschlands erstreckt sich insbesondere auf folgende Bereiche:

- Unterstützung bei der Umsetzung von Umwelt- und Sozialstandards in Rohstoffprojekten durch die Stärkung entsprechender Kapazitäten in den Partnerländern sowie durch die Ko-Finanzierung beispielhafter Projekte;
- Unterstützung bei der Gestaltung der „Governance“ und der Besteuerung von Rohstoffunternehmen im Rahmen von Reformen des „Public Financial Management“, um den wirtschaftlichen Nutzen der Förderung von Rohstoffen in den Partnerländern zu erhöhen und gleichzeitig Schwankungen der Weltmarktpreise abzufedern;
- Unterstützung bei der Gestaltung von Investitionspolitiken für den Rohstoffsektor in den Partnerländern, einschließlich der Gestaltung infrastruktureller und sozialpolitischer Begleitmaßnahmen;
- Unterstützung von deutschen rohstoffimportierenden Unternehmen bei der Organisation der international wichtiger werdenden Zertifizierungsprozesse entlang ihrer Zulieferkette zum Nutzen der Lieferländer.

Für die finanzielle Förderung von Rohstoffunternehmen in Entwicklungsländern durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) in Zusammenarbeit mit deutschen Unternehmen gilt das Gleiche wie für die multilateralen Entwicklungsbanken: Die Förderung mit öffentlichen Mitteln muss durch einen entwicklungspolitischen Mehrwert gerechtfertigt sein. Dieser bemisst sich an der entwicklungspolitischen und ökologischen Nachhaltigkeit.

## Initiativen für mehr Transparenz an den Märkten

Mehr Transparenz ist eine Kernforderung, mit der negative Auswirkungen des Rohstoffhandels vermieden werden sollen. Etwa eine Milliarde Menschen weltweit sind chronisch unterversorgt mit Nahrungsmitteln. Dazu

tragen auch die volatilen Preise von Nahrungsmittelrohstoffen bei. In Entwicklungsländern geben die Menschen bis zu 70 Prozent ihres Einkommens für Nahrungsmittel aus. Die massiven Preissteigerungen können zu „Hungerrevolten“, Migrationsbewegungen und politischer Instabilität führen. Über die Ursachen wird in der Wissenschaft heftig gestritten. Viele Entwicklungsexperten machen vor allem die Spekulation mit Nahrungsmittelrohstoffen an den Finanzmärkten für diese Entwicklung verantwortlich. Deutschland unterstützt auch daher die „Extractive Industries Transparency Initiative“ (EITI). Ihr Ziel es ist, Korruption in Entwicklungsländern zu

bekämpfen und gute Regierungsführung zu stärken. Auch die Reformen des US-amerikanischen Finanzmarktrechts soll wesentliche Fortschritte für mehr Transparenz und damit eine Beruhigung der Preisentwicklung bringen. Und auch die Europäische Kommission empfiehlt in einer Mitteilung von Februar 2012 Regulierungsmaßnahmen für Rohstoffmärkte.



Die Kernforderung von Pfeiffer lautet mehr Transparenz. Nur diese kann eine Beruhigung der Preisentwicklung bringen.

Auch in den kommenden Jahren wird der Umgang mit den Rohstoffressourcen der Erde die Politik, vor allem die Entwicklungspolitik, intensiv beschäftigen. Es gilt, die richtige Balance zwischen Chancen und Risiken zu finden. Nur so kann für Entwicklungsländer der „Rohstofffluch“ zu einem „Rohstoffsegen“ werden.

# Schlusswort

## Vier Rohstoffkongresse – eine Bilanz



**Dr. Christian Ruck**  
Stellvertretender Vorsitzender der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Nach ihren ersten vier Rohstoffkongressen zieht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Bilanz: Wollen wir die Herausforderungen der Rohstoffversorgung meistern, müssen Politik und Wirtschaft abgestimmt vorgehen. Die Regierung muss die konsequente Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft auf dem Gebiet der Rohstoffe ausbauen, damit der Industriestandort Deutschland gesichert wird. Zwar hat jeder seinen eigenen Aufgabenbereich, aber auf das Zusammenspiel kommt es an. In den letzten Jahren konnten durch den Abschluss der ersten Rohstoffpartnerschaften mit der Mongolei und Kasachstan schon Fortschritte erzielt werden. Dieser Ansatz sollte mit Hilfe weiterer Rohstoffpartnerschaften verbreitert werden. Die Zusammenarbeit mit den einzelnen Partnern sollte systematisch und konsequent vertieft werden.

Wir brauchen ein zielgerichtetes Zusammenspiel auf verschiedenen Politikfeldern, um die Rohstoffpartnerschaften mit Leben zu füllen. Im Vordergrund darf nicht nur die Frage der Lieferbeziehungen stehen. Unsere Zusammenarbeit in den Rohstoffpartnerschaften muss auch der Entwicklung der Lieferländer dienen. Auf dortige soziale Belange müssen wir Rücksicht nehmen. Ein wichtiges Element der Rohstoffpartnerschaften sollte der Aufbau von institutionellen und wirtschaftlichen Kapazitäten für eine Weiterverarbeitung im Lieferland sein. Dadurch wird die Wertschöpfung im Land stärker gesteigert

als durch reinen Rohstoffhandel. Es werden dort nachhaltige Arbeitsplätze geschaffen und Einkommen generiert, was auch in unserem Interesse ist. Auch beim Schutz der natürlichen Ressourcen müssen wir helfen – zum Beispiel durch eine Zusammenarbeit zum Schutz der Nationalparks, wie es Deutschland und die Mongolei bereits vormachen. Der Abbau von Rohstoffen darf nicht auf Kosten der Umwelt gehen.

### Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft einhalten

Die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft müssen nach Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch in der Rohstoffpolitik gelten. Dies gilt auch für den Derivatehandel mit Rohstoffen. Mit angemessener Regulierung müssen Exzesse auf den einschlägigen Rohstofffinanzmärkten eingedämmt werden. Spekulation darf nicht zu einer so starken Verteuerung von Nahrungsmittelrohstoffen führen, dass der Hunger in der Welt wieder zunimmt. Auch dürfen die Preise nicht so exzessiv sinken, dass Kleinbauern die Existenzgrundlage genommen wird.

Neben den Bemühungen, die Rohstoffversorgung durch Verbesserung der Lieferbeziehungen zu sichern, bleiben aber auch Recycling, Substitution und Erhöhung der Rohstoffeffizienz als Herausforderungen auf der Agenda. Die einschlägigen Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen dazu müssen intensiviert werden.

Die Frage der Kohärenz der Rohstoffpolitik ist eine europäische Frage. Die europäischen Länder müssen ihre Rohstoffpolitik abstimmen – nur so sind echte Fortschritte und die Erreichung unserer politischen Ziele möglich.

Eine nachhaltige Rohstoffpolitik wird auch in den nächsten Jahren auf der Agenda der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bleiben – in enger Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Wirtschaft.

# Impressum

## Herausgeber

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Michael Grosse-Brömer MdB  
Stefan Müller MdB  
Parlamentarische Geschäftsführer

## Kontakt

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
T 030. 227-5 53 74  
F 030. 227-5 01 46  
pressestelle@cducsu.de  
www.cducsu.de

## Satz/Layout

Heimrich & Hannot GmbH

## Druck

Lößnitz-Druck GmbH  
Gedruckt auf Papier aus ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltiger  
Waldbewirtschaftung

## Bildnachweis

Umschlag: fotolia/johas ; S. 2 Martin Lengemann; S. 7 Junge Union  
Deutschlands; S. 8: fotolia/Luftbildfotograf; S. 11: Bundesregierung/Laurence  
Chaperon; S. 13: CDU/CSU-Bundestagsfraktion/Steven Rösler; S. 18:  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion/Armin Linnartz; S. 20: REUTERS/David Gray;  
23: BGR; S. 27: Eiti\_8\_s; S. 29: istockphoto/mabus13; S. 30: CDU/CSU-Bun-  
destagsfraktion/Steven Rösler; S. 33: abl-group; S. 34: istockphoto/africag  
24; S. 37: BDI; S. 39: Bundesregierung/Jesco Denzel; S. 40: CDU/CSU-Bun-  
destagsfraktion/Steven Rösler; S. 41: Dogma 360 Communications/Tom  
Bilger; S. 44: CDU/CSU-Bundestagsfraktion/Steven Rösler; S. 47: BDI; S. 48:  
BMZ; S. 51: LANXESS AG; S. 53: LANXESS AG; S. 54: CDU/CSU-Bundestags-  
fraktion/Steven Rösler; S. 55: Wolfgang Weiss; S. 57: CDU/CSU-Bundestags-  
fraktion/Steven Rösler; S. 59: Oliver Richter; S. 61: CDU/CSU-Bundestags-  
fraktion/Steven Rösler; S. 62: Henning Schacht

Die Fotos dieser Broschüre sind urheberrechtlich geschützt.

## Stand

Oktober 2012



Die Textbeiträge werden unter den Bedingungen einer Creative Commons  
License veröffentlicht: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de>.

Sie dürfen das Textwerk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich  
machen. Es gelten folgende Bedingungen:

## Namensnennung

Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm fest-  
gelegten Weise nennen. Zitierhinweis: Autor, Funktion, Beitragstitel, aus:  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Rohstoffversorgung sichern.

## Keine kommerzielle Nutzung

Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

## Keine Bearbeitung

Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließ-  
lich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck  
der Wahlwerbung verwendet werden.

